

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 238

Hauspostleitet: Dr. Coerth, Leipzig

Freitag, den 21. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Schlussitzung der Nationalversammlung

Eine Erklärung des Reichsministers Koch

Teilweise Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab Reichsminister des Innern Koch folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung ist gestern durch eine Resolution der Nationalversammlung ersucht worden, den Ausnahmezustand im Reich aufzuheben. Bei der verfassungsmäßigen Stellung der Regierung zum Parlament hat dieser Beschluss der Reichsregierung Veranlassung zu ernsthaften Erwägungen geben müssen. Wenn ich gestern namens der Regierung erklärt habe, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht überall in Deutschland zulässig sei, aber noch im Laufe dieser Woche geprüft werden würde, in welchen Bezirken er beseitigt werden könne, so hat die Regierung mit Rücksicht auf den Beschluss der Nationalversammlung eine vorläufige Prüfung dieser Frage noch im Laufe des gestrigen Tages vorgenommen. Danach bleiben in gewissen Bezirken Deutschlands Bedenken gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes bestehen. Zunächst hat die Regierung gerade in den letzten Tagen wieder Kenntnis erhalten von Bestrebungen reaktionärer Kreise, auf Frontsoldaten, namentlich im Westen, im Sinne gewalttätigen Vorgehens einzuwirken. (Hört, hört!) Ueber diese Dinge wird die Öffentlichkeit bereits in den nächsten Tagen nähere Aufklärung bekommen. Sodann kann die Gefahr kommunistischer Unruhen namentlich im Hinblick auf den Umfang der noch vorhandenen Waffenansammlungen noch nicht überall als behoben gelten. Das gilt besonders für das Ruhrgebiet. Außerdem scheiden dort leider noch zahlreiche unerledigte Verfahren, und es befinden sich noch viele Personen in Haft. Die Anklagenvertreter sind jetzt auf Anweisung der Regierung, die dafür besondere Richtlinien erhalten hat, angehalten damit beschäftigt, das Verfahren gegen die Verführer und gemeinen Verbrecher beschleunigt durchzuführen und die Unschuldigen zu entlassen. Wenn gerade in diesem Augenblick das Verfahren unterbrochen und ad hoc auf die ordentlichen Gerichte übergeführt würde, so würde eine starke Verzögerung der Entlastung

Unschuldiger entstehen, zumal da gerade diese Verfahren meist vor die Schwurgerichte kommen würden. Aus diesem Grunde wird auch im eigenen Interesse der Verhafteten im Ruhrgebiet der Ausnahmezustand noch nicht beseitigt werden können. Im übrigen verweist die Regierung wegen der Milderung der Bestimmungen im Ruhrgebiet auf die in den letzten Tagen in der Presse veröffentlichten Erklärungen. Weiter ist in Gotha der Ausnahmezustand wegen des verfassungswidrigen Verhaltens der Ostthüringischen Regierung erst in den letzten Wochen verhängt und muß beibehalten werden, bis die für den 30. Mai auf Veranlassung der Reichsregierung ausgeschriebenenden Wahlen die Möglichkeit ergeben, den Volkswillen festzustellen und eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden. Endlich hat die Landesregierung in Bayern mit Rücksicht auf die nach ihrer Anschauung besonders gefährlichen Verhältnisse sich mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erklärt. Die bayerische Regierung hat inzwischen aber zugestimmt, daß sie die Wahlbewegung nicht beschränken und insbesondere bestehende Zeitungsverbote aufheben werde. Darüber, ob in Bayern nach weilerer Erleichterungen möglich ist, wird die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung, die die Verhältnisse in erster Linie zu beurteilen hat, in Erörterungen eintreten. Die endgültige Prüfung im Laufe dieser Woche wird ergeben, ob zu den angeführten Gebieten noch irgendwelche anderen hinzutreten. Dagegen kann auf Grund der von mir gestern bereits zugestimmten, vorläufig vorgenommenen Prüfung im größten Teile des Reiches der Ausnahmezustand, soweit er noch besteht, aufgehoben werden. In allen Teilen des Reiches aber verbürgt sich die Reichsregierung entsprechend der gestern abgegebenen Erklärung dafür, daß während der Wahlbewegung die Versammlungs- und Pressefreiheit gewahrt werden wird.

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der durch den gestrigen Zufallsbeschluss der Nationalversammlung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes entstandene Konflikt ist beseitigt. Die sozialdemokratische Fraktion hat heute morgen die Stellungnahme der sozialdemokratischen Ratsmitglieder gebilligt.

Die Leipziger Kämpfe abermals vor der Volkskammer

(Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.)

Am Ministerische: Ministerpräsident Bach, die Minister Kühn, Dr. Seeger, Dr. Harnisch, Dr. Reinhold und Kommissare. Präsident Fröhdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und teilt mit, daß am Nachmittag um 2 Uhr eine zweite Sitzung mit der Tagesordnung: Beamtenbesoldungsrecht, Bericht des Haushaltsausschusses, Antrag des Rechtsausschusses auf Zusammenlegung der Reichs- und Landtagswahlen, stattfinden wird.

Der erste Punkt der Tagesordnung, Änderung der Gebührenordnung für Ortsgerichtspersonen, wird ohne Aussprache einstimmig angenommen. Als zweiter Punkt steht auf der Tagesordnung Anfrage der Unabhängigen über die Einleitung von

Untersuchungen und Strafverfahren gegen revolutionäre Kämpfer

Abg. Liebmann (Unabh.): Als die Reichsregierung vor Kapp-Lüttich floh, rief sie die Arbeiter zu Hilfe. Das Versprechen, daß die revolutionären Arbeiter Strafrecht sein sollten, ist nicht gehalten worden. Besonders scharf hat man in Leipzig und Umgebung vorgegriffen. Die Verfassungen zwischen Reaktion und Reichsbeamten ist sehr innig. Gerichtsbeamte sind aufgefordert worden, Spitzeldienste zu leisten. Der Redner führt sodann eine Menge von Einzelfällen an, wo Arbeiter mißhandelt worden sein sollen.

Justizminister Dr. Harnisch:

Es ist nicht leicht, gegenüber den Unruhen und alle Grenzen überschreitenden Angriffen gegen die Justiz Objektivität zu wahren. Der Abg. Liebmann hat tausend Fälle erstmalig heute angeführt. Da nicht an das Justizministerium gelangt sind. Wenn sich ein Mißbrauch der Richter vorliegt, müßten die Betreffenden ras gemeldet haben. Solange das nicht geschieht, muß ich die angeführten Fälle für unvorhersehbar halten. Der Staatsanwalt Dr. Seeger, den Herr Liebmann besonders erwähnt, ist schon 1914 aus der Justizverwaltung ausgeschieden. Die Ausschüsse der verschiedensten Art wollten mitregieren. Es sind Gerichtsbeamte als Geiseln fortgeführt worden, Gerichtsbeamte verbrannt und verschleppt, Verbrecher befreit worden. (Abg. Dr. Wagner: Das ist Liebmannscher Fortschritt!) Die Justiz arbeitet noch heute nicht frei von Gefahr. Verhaftungen können nicht erfolgen, da die Beamten sich fürchten. Hochverrat ist im März auch von links geübt worden. Es liegen 250 Gesuche um Begnadigung vor. Alle Fälle werden unterläßt werden.

Abg. Dr. Henke-Blücher (Dem.): Es wird allmählich langweilig, daß die Unabhängigen sich hier andauernd als Unschuldensengel präsentieren, während die Zeitfreiwilligen und das Bürgerium von vornherein Kanakeln und Verbrecher sind. Der Abg. Liebmann hat über die unerhörten Verbrechen, die von den Leuten, die ihm nahestehen, gegen die Zeitfreiwilligen verübt worden sind, nicht ein Wort verloren. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß einige Zeitfreiwillige gerade zu bestialisch zerstückelt worden sind. Von den ihm nahestehenden Leuten ist auch erhebliches fremdes Eigentum geraubt worden. Ich will mich nicht mit den Einzelheiten befassen, sondern nur grundsätzlich Stellung nehmen.

Die Spannung in Leipzig

rätet daher, daß von der Leipziger Volkszeitung systematisch zur Bildung von Roten Garden aufgefordert wird. Die öffentlichen Aufforderungen zum Einschreiben in die Roten Garden kann man täglich in der Leipziger Volkszeitung lesen. Es wird vor allem das Mitgliedsbuch der U. S. P. gefordert. 17 Bezirke sind schon mit Gewehren ausgerüstet. Da viele Gewehre fehlen, werden Gewehre aus Oera herbeigeschafft. Auch Schießübungen sollen abgehalten werden. Die Zeiten, wo wir über uns berfallen lassen, sind vorbei. Wir legen uns zur Wehr! (Bravo!) Wir erwarten, daß die Regierung die Bildung der Roten Garden verhindert. Die U. S. P. denkt nicht daran, die Waffen abzugeben. Das Bürgerium wird nicht so dumm sein, sich entwaffnen zu lassen. (Bravo!)

Minister des Innern Kühn: Ich habe den Abgeordneten Liebmann am 7. Mai um Material gebeten. Er hat mir am 18. Mai sechs Vorgänge zugesandt, die aber gar nicht zu meinem Ressort, sondern in das Justizministerium gehören. Soweit die Fälle in meinen Amtsbezirk fallen, hat er mir nicht einen einzigen mitgeteilt. Die Fälle, die der Abgeordnete Liebmann hier vorgetragen hat, hätten sich ganz erledigen lassen, wenn er sie mir unterbreitet hätte.

Abg. Rammelsberg (Dt.-Nat.): Mit zweierlei Maß darf nirgendwo gemessen werden, weder bei den Kapp-Anhängern noch bei den Unruhmärgern im Ruhrgebiet. Mit solchen Anfragen sollte man die kostbare Zeit nicht vertreiben.

Nach einigen Schlussbemerkungen des Abgeordneten Liebmann wird die Sitzung um 12 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung nachmittags 2 Uhr.

Entscheidung über die Südgrenze der ersten Zone Schlesiens

Kopenhagen, 21. Mai. (Drahtbericht.) Der Dänische Gesandte in Paris hat dem Ministerium mitgeteilt, die Vorkommissionen haben den Vorschlag Clauberts, die mehrfach genannten vier Kirchspiele Dänemark zuzusprechen, abgelehnt und sich dem Vorschlag Marlings angeschlossen, wonach die Südgrenze der Clausenschen Linie folgen soll.

Auf die Anregung von konferenztöber Seite, eine Untersuchung der nord-schleswigschen Politik des Ministeriums Jable einzuleiten, erklärte Ministerpräsident Neergaard im Reichstage u. a., das Ministerium Jable sei von den Bestrebungen der Mittelschleswiger auf Internationalisierung der zweiten Zone in seinen Instruktionen an den Gesandten in Paris geradzum abgerichtet; die gegenwärtige Regierung aber habe in der Instruktion vom 6. Mai ihre volle Sympathie für eine Internationalisierung ausgesprochen und betont, eine solche Lösung mit Dank anzunehmen.

Deutschnationales Wahltheater

Obstruktion in der Nationalversammlung. — Vorkampf des Reichspräsidenten. — Schlusswort des Reichskanzlers.

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht.) Bei der dritten Lesung des Gesetzesentwurfes zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit stellte heute in der Nationalversammlung der Abgeordnete Graefe (Deutschnall.) den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzutheilen, da es zweifelhaft sei, ob das Haus beschlussfähig sei. Auf Antrag des Abgeordneten Loebbe (Soz.) wurde über diesen Antrag namentlich abgestimmt. Es stimmten mit Ja 3 und mit Nein 208 Abgeordnete, im ganzen also 211. Zur beschlussfähig sind jedoch 212 Abgeordnete. Präsident Fechenbach stellte fest, daß eine beschlussfähigkeitsvorfrage vorliegt. Er hob die Sitzung auf und beramte die nächste Sitzung auf 11,30 Uhr mittags an mit der Tagesordnung: Entgegennahme der Rundgebung des Reichspräsidenten.

h. Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Nationalversammlung schließt mit einem billigen Triumph der Rechten, die Laune hatte, ein unwürdiges Spiel zu treiben in der Stunde, als das erste Parlament des neuen Deutschen Reiches auseinanderging. Die Obstruktion, die sich gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit richtete, hat zu dem Jertum geführt, als sei das Haus in seiner letzten Sitzung arbeitsunfähig gewesen. Das Bild war gefälscht von der Rechten, die sich von der Abstimmung über ihren eigenen Obstruktionsantrag fernhielt. Ihre Bänke waren vorher schwach, aber doch mit weit mehr als einem Dutzend Abgeordneter besetzt. An der Abstimmung beteiligten sich nur drei Deutschnationale. Das Ergebnis kam nach Wunsch. Das Haus zeigte sich beschlussunfähig, aber nur um 1 Stimme! Immerhin, die deutschnationale Parteifraktion wird mit Freuden jedem Stimmenverweigerer die Zunge von 30 Mark zahlen. Ein billiger Spaß, der in Wahrheit auf Kosten der deutschen Volksvertretung geht.

Juvor hatte es noch eine Szene gegeben, die sich wie ein erster Brand anließ, aber ausging wie ein Strohsfeuer. Die Verantwortunglosigkeit eines Teiles der Regierungsozialisten und die Interesselosigkeit eines Teiles der bürgerlichen Abgeordneten hatte gestern eine linke Zufallsmehrheit für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, also gegen den Standpunkt der Regierung ergeben. Das machte im Kabinett einige Unruhe. Der Minister des Innern wahrte energisch seinen Standpunkt, die in Wahllängsten dangende Sozialdemokratie wackelte ein bißchen hin und her, besann sich aber schließlich auf ihre Koalitionspflicht und rief ihre Seitenspringer zur Ordnung. So war die Miniaturkrisis, die aber symptomatische Bedeutung hatte, eigentlich schon behoben, ehe die Probe auf das Exempel gemacht wurde. Das geschah dadurch, daß der Minister des Innern in der Nationalversammlung klipp und klar die Unmöglichkeit erklärte, den Ausnahmezustand schon jetzt überall aufzuheben. Die äußerste Linke lobte, ihr Sprecher Henke spreizte sich vor dem unerwartet starken Auditorium in einer entlosten Formrede, aber das von ihm verlangte Mißtrauensvotum gegen die Regierung fand nicht eine Unterschrift mehr als die der anwesenden 13 Unabhängigen, und Präsident Fechenbach legte den Antrag „zu den übrigen“.

Die zweite Vormittagsitzung wurde dann der wirkliche Schlußpunkt der Nationalversammlung. In knapp 4 Wochen wird

an ihrer Stelle der Reichstag raten und faten. Den Ausgang bildete die Entgegennahme einer Rundmachung des Reichspräsidenten. Die Vorkampf des Reichspräsidenten, die von dem Präsidenten Fechenbach verloren wurde, gibt einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Deutschen Republik während der Tätigkeit der Nationalversammlung und gibt ferner in dem dringenden Aufruf, den Wahlkampf frei von Gewalttat zu führen und die politischen Ziele der Parteien nicht mit anderen Waffen zu verfechten als mit denen des Geistes im Sinne des Wiederaufbaues.

Reichskanzler Müller weiterte in einem kurzen Schlusswort den von dem Präsidenten Ebert gegebenen Ueberblick aus auf die Lage Deutschlands im Gesamtbild Europas und schloß mit dem hoffnungsvollen Ausblick auf die Zeit, in der ein aufwärtsstrebendes Deutschland von den übrigen Staaten endlich als eine Lebensnotwendigkeit für Gesamt Europa anerkannt werde. Diese Zeit werde dann auch der Nationalversammlung die verdiente Anerkennung ihres Wirkens bringen, die ihr heute aus der unmittelbaren Nähe und unter dem Eindruck von manderlicher Verwirrung in diesen Kreisen noch verjagt bleibe. Zum Abschied dankte namens des Hauses der demokratische Abg. von Payer dem Präsidenten Fechenbach für seine unermüdete Tätigkeit als Leiter der Verhandlungen. Präsident Fechenbach gab diesen Dank an alle seine Mitarbeiter weiter und schloß mit der Hoffnung, daß das deutsche Volk in erster Arbeit und stetem Aufwärtstreben alle seine Kraft zum Wiederaufbau und zur neuen Blüte des deutschen Vaterlandes einsehen werde. Punkt 12 Uhr ging die Nationalversammlung auseinander.

Bereinigungen der Pariser Eisenbahnkonferenz

Wiederaufnahme des internationalen Reiseverkehrs über Deutschland

Paris, 21. Mai. (Drahtbericht.) Bei den Beratungen technischer Delegierten der deutschen, französischen und belgischen Eisenbahnerverwaltungen über die Wiederaufnahme des Reiseverkehrs zwischen den drei Ländern und den Übergangsverträge durch Deutschland wurde erzielt: 1. eine Vorvereinbarung zu dem Verträge über den Paris-Prag-Warschau-Wiener Expreszug, 2. eine Vereinbarung mit der französischen Ostbahn wegen direkter Wagenverbindung mit Frankfurt a. Main, Prag, Warschau, München und en. Wien, 3. eine Vereinbarung mit der französischen und der belgischen Nordbahn und der Internationalen Schiffsahrtsgesellschaft wegen direkter mehrschiffiger Wagenverbindung zwischen Paris (Ostende) und Berlin (en. Wien). Zur Verhandlung weiterer Einzelfragen zu 2. und 3. soll nächstens eine Zusammenkunft in Repl veranstaltet werden.

Berlin, 21. Mai. (Drahtbericht.) Die Meldung, daß der Reichskohlenkommissar mit anderen leitenden Beamten in der vorigen Woche in Paris gewesen habe, wird der „Deutsch. Allg. Ztg.“ bestritten. Auch auf französischer Seite war der Wille zur Verständigung vorhanden. Die schwebenden Verhandlungen wurden sachlich besprochen. Endgültige Abmachungen konnten noch nicht getroffen werden, da von französischer Seite erklärt wurde, daß die Entscheidung dem Obersten Rat und der Wiedergutmachungs-Kommission überlassen werden müsse.

ui 1020
M
-98
Golt
nn.
llor-
Go-
die
dan
will
der
lung
Gernaj 1415.
reis.
Golt
Sten-
zradat
zozog T. Hef
nos M. Anton
J. Berns
D. Berger
er Marquie-
Witen beauftragt
meau. 2. Oligo
curree vor Wob.
Gade nach 10.
Der Disbestruk-
ein Se. — Oon-
n. 100 Uhr
ier
Kationverk.
— Contag:
TEN
Abend.
Cedeter
dell.
loic.
niger.
r. Wiedobidg.
1. Uhr:
rte.
1920.
Wolaberg).
Dreher.
Berleit.
RSO
thestr. 1.
Leipzigs.
Vbroeben
ERT.
Zur Möhls
inen Garten
H. Staa.
ifate
igen
Kalepp,
7. Tel. 1074.
Vervielfältigungs-Anstalt
St. Mark 17.
kett
schaffen und
übernimmt
Müllsch. 132016.
4. Tel. 1074.